

Zukünfte

Über die Zukunft wissen – im Sinn von Faktenkenntnis – kann man gar nichts. Aber es gibt zahlreiche Möglichkeiten, plausible Hypothesen über Zukünfte zu entwickeln, und das tun wir ja auch unentwegt: Wenn ich morgens zum Bus gehe, richte ich mich nach der Hypothese, dass er auch tatsächlich fahrplanmäßig komme. Wenn ich meinen Urlaub für nächstes Jahr plane, muss ich dafür eine große Zahl von Hypothesen in Betracht ziehen – mein eigenes Handeln, im Reisebüro eine Reise zu buchen, reduziert dann die Zahl wahrscheinlicher Zukünfte etwas. Und natürlich handelt es sich auch um Hypothesen, wenn ich meine Kinder auf eine bestimmte Schule schicke. Der normale Alltag hat einen hohen Grad an Vorhersagbarkeit und indem wir uns darauf verlassen und uns danach richten, schaffen wir auch Vorhersagbarkeit für andere. Aber alle Hypothesen haben nur mehr oder weniger genau bestimmbare statistische Wahrscheinlichkeiten für sich, alle sind mit einem gewissen Grad von Unsicherheit behaftet, alle können durch die Wirklichkeit widerlegt werden. Wer in London am 7. Juli 2005 morgens in King's Cross die U-Bahn nehmen wollte, dessen Hypothese wurde grausam widerlegt.

Nun gibt es sehr einfache Hypothesen, wenn das vorherzusehende Ereignis nur von ganz wenigen Faktoren abhängt (wenn ich einen Stein fallen lasse, wird er an einer bestimmten Stelle auf der Erde aufschlagen), oder sehr komplizierte Hypothesen, bei denen eine Unzahl von Variablen das Ereignis beeinflusst. Oft, aber nicht immer, wird eine Hypothese umso unsicherer sein, je weiter weg (räumlich und/oder zeitlich) das erwartete Ereignis von uns liegt. Entsprechend gibt es viele Methoden, Hypothesen über mögliche Zukünfte zu entwickeln: von der einfachen Extrapolation einer vorhandenen Zeitreihe über mehr oder weniger komplizierte mathematische Simulationsmodelle, von Szenarien zur Delphi-Methode oder zum Morphologischen Kasten, von der literarischen und künstlerischen Kreativität bis zu Intuition, Meditation und Traum. Treffsichere Vorhersageverfahren gibt es nicht. Immer sind diskontinuierliche Entwicklungen möglich, solche, an die man nicht gedacht hat, die man nicht erwarten konnte, die eine Entwicklung in eine unvorhergesehene Richtung beeinflussen. Noch im März 1989 hätte niemand ernsthaft vorherzusehen gewagt, dass wenige Monate später der Zusammenbruch der sozialistischen Regime eingeleitet würde – auch wenn man *ex post* zahlreiche Faktoren benennen könnte, die dazu beigetragen haben, deren Zusammenwirken man aber damals *ex ante* nicht verstehen konnte.

Zukünfte entstehen aus komplexen Entscheidungs- und Handlungsketten. Jede unserer Handlungen trägt, zusammen mit den unzähligen Handlungen anderer, dazu bei, sie zu formen. Solange wir handeln können, sind wir zukünftigen Entwicklungen nicht hilflos ausgeliefert. Das gilt für unseren Alltag genau so wie bei den großen Weltproblemen. Wenn wir wollen, dass die Vereinten

Nationen sich zu einer ökologisch bewussten, gewaltfreien und sozial gerechten Weltregierung entwickeln, dann müssen wir uns so verhalten, als wäre unser Verhalten dafür relevant und darauf hoffen, dass vielleicht Millionen anderer Menschen dies ähnlich tun. Deshalb sind Utopien so wichtig und so praktisch zugleich: Sie geben unserem Handeln Orientierung in einer unsicheren Welt.

Nachhaltige Entwicklung ist eine solche Utopie. Wir können, wir sollen sie uns ausmalen, um eine Ahnung davon zu bekommen, auf welche Weise viele Faktoren zusammen wirken müssen, um dieser Idee näher zu kommen. Auf dem Weg dorthin werden wir erleben, dass viele Elemente anders wirken, als wir uns das vorgestellt haben; wir müssen den Kurs fortlaufend korrigieren. Und wir werden erleben, dass mit jedem Fort-Schritt auf diesem Weg auch das Ziel sich verändert. Zudem wissen wir, dass viele andere Menschen auf der Welt dies tun, und mit manchen stehen wir in Kontakt, um darüber zu diskutieren. Karl Popper lag falsch, als er vor Utopien warnte, weil die Gefahr bestünde, dass jemand sie gewaltsam durchsetzen wolle. Er lag auch falsch mit dem Rezept, das er stattdessen anbot: der Stückwerkstechnik, dem Durchwursteln¹. Auch für kleine Schritte braucht man ein Ziel.

11.1 Szenario

Wir haben in der Analyse einen weiten Weg zurückgelegt und müssen jetzt darüber nachdenken, was als Resultat dabei herausgekommen ist, welche Erfahrung wir gemacht haben und was sie für unser zukünftiges Handeln bedeuten kann. Darum geht es in diesem letzten Kapitel. Da Zukünfte unsicher sind, gibt es nicht den einen, den ausschließlich richtigen Weg. Wir müssen um diesen Weg in einem „herrschaftsfreien Dialog“ (Habermas) ringen. Wir müssen gehen und wir müssen bereit sein, uns zu korrigieren, wenn wir falsch gegangen sind. Aber wir können Grundsätze nennen, die wir auf dem Weg einhalten wollen: Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen, Solidarität mit anderen, vor allem mit Schwächeren, Gewaltfreiheit und Bescheidenheit könnten solche Prinzipien sein.

Unsere Analyse hat ergeben:

1. Zukunft ist ungewiss; niemand weiß, ob die Kriegstreiber in Washington nicht mit dem Gedanken an Nuklearkriege spielen – oder in der Tat Terroristen sich solcher Mittel bemächtigen, sie womöglich benutzen – dann sähe die Welt mit einem Schlag anders aus.
2. Die hier analysierten Trends und Machtverhältnisse deuten auf eine Fortsetzung der sozialen und ökologischen Zerstörung hin. Das wird zwangsläufig zu größeren Spannungen und Konflikten führen. Andererseits sind die Überwachungs- und Repressionsinstrumente vorbereitet, und sie werden ständig perfektioniert. Der „Krieg gegen den Terror“ hat die Rechtfertigung dafür

1 – Popper, 1969

geliefert. Dabei wird er sein Ziel nicht erreichen, weil er nicht nach den Ursachen fragt und nicht dort ansetzen will.

3. Natürlich gibt es Ideen, wie man aus der Falle rauskommt. Natürlich könnte man die Regierungen davon überzeugen, dass der Sicherheitsrat anders konstruiert sein muss, dass wir einen Umweltsicherheitsrat brauchen, dass die VN mehr exekutive Macht braucht, Kriegstreiber im Zaum zu halten und Abrüstung durchzusetzen; dass der IWF und die WTO unter das Rechtssystem und die Entscheidungsregeln der VN gestellt werden müssen; dass unsere Regierungen mehr für internationale Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich, mehr für die Binnenkaufkraft und weniger für die Einschränkung der Bürgerrechte, weniger für Militarisierung usw. tun sollten; dass internationale Abkommen, denen 80% der Länder und 80% der Weltbevölkerung zustimmen, für alle verbindlich erklärt werden; dass alle Steuern innerhalb der EU bei geringen Abweichungen harmonisiert, dass Steueroasen geschlossen werden sollen; u. v. a. m. (Reform von oben nach unten). Es liegt nicht am Mangel von guten, vernünftigen, überzeugenden Ideen, es fehlt an der Möglichkeit, sie zu realisieren, und dem stehen die Machtverhältnisse entgegen. Die Einsicht war gerade, dass unsere politischen und wirtschaftlichen Institutionen für die bevorstehenden Aufgaben nicht taugen. Diejenigen, die von ihnen profitieren, werden das nicht von selber einsehen und sie verändern.
4. Die Alternative: Reform von unten nach oben. Wir müssen in einer Unzahl einzelner Handlungen und kleiner Projekte das System unterminieren, die Strukturen aufweichen, es mit Geduld, Beharrlichkeit und Phantasie zu Fall bringen, einfach nicht mehr folgen, uns nicht mehr interessieren, unsere Sache selber in die Hand nehmen. Dabei wird es gerade die Staatskrise sein, die uns den Rahmen dafür schafft. Ansätze, Ideen gib es zuhauf. Was wir brauchen ist Mut, Solidarität, Initiative, globale Verantwortung.

11.2 Szenario: Status quo-Extrapolation

In dem anschließenden Szenario wird deutlich, was uns erwartet, wenn man die bestehenden Tendenzen in die Zukunft verlängert. Wenn es nicht gelingt, diese Trends zu brechen, ist die Wahrscheinlichkeit groß für eine zunehmend konfliktreiche und in der Folge repressive Entwicklung, in der die Verlierer des Verteilungskampfes mit gewaltsamen Mitteln diszipliniert werden.

Im Weltmaßstab dürften zwei Entwicklungen besonders wichtig sein: (1) Es ist unwahrscheinlich, dass die Vereinten Nationen insgesamt gestärkt werden und dass mit der Reform des Sicherheitsrates eine ausgeglichene Interessenverteilung möglich wird. Vielmehr dürfte der Einfluss der G 8 und der von ihr kontrollierten Institutionen noch stärker werden. Allerdings scheinen die Widerstände gegen die Dominanz dieser Gruppe zu wachsen, nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch unter den Ausgeschlossenen. Die VN werden weiter geschwächt und zunehmend in eine bloß symbolische Rolle gedrängt. (2) Die derzeitige amerikanische Regierung, selbst ernannter Welthegeemon und Weltpolizist, ist nur in einer Hinsicht berechenbar: Sie wird alles tun, um

den westlichen Grossunternehmen den Zugang zu den Rohstoffen der Erde zu sichern. Sie ist gewillt, dafür sofort militärische Mittel einzusetzen. Die anderen westlich-kapitalistischen Länder profitieren von dieser Strategie und dürften ihr keine ernst zu nehmenden Hindernisse in den Weg legen. Widerstand regt sich vor allem in Lateinamerika und in Asien. Es ist nicht vorher zu sehen, bis zu welchem Grad die USA die hier entstehenden Konflikte eskalieren werden, zumal sie bisher nur in kleineren Ländern interveniert haben. Das gigantische Militärbudget, der Boykott internationaler Abkommen zur Rüstungsbegrenzung, die intensive Weiterentwicklung von ABC-Waffen und die angestrebte Militarisierung des Weltraums müssen als wichtige Symptome gewertet werden. Es wird zu neuen Terroranschlägen in den USA und ihren Verbündeten kommen. Dies ist nicht auszuschließen, erscheint aber angesichts der Kontrolle über die Medien unwahrscheinlich, dass die zivilgesellschaftliche Opposition in den USA stärker wird, die Regierung absetzt und eine neue, eher isolationistische Phase einleitet.

Bereits im Irakkrieg werden in großem Umfang bezahlte Söldner eingesetzt. Diese Branche gehört zu denen mit den höchsten Profiten und dem schnellsten Wachstum. Staatliche Militärapparate dürften schon aus Kostengründen reduziert werden. Söldnerarmeen können aber von jedem gemietet werden, der das Geld dafür hat. Wo die ‚neuen Söldner‘ auftauchen – ob in Lateinamerika oder im Nahen Osten, in Südostasien oder in Afrika – wachsen Instabilität und Chaos, blüht der illegale Waffen- und Drogenhandel, bilden sich informelle Netzwerke zwischen Militär und Kriminalität, vermehrt sich der Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Aus Gründen des verschärften globalen Wettbewerbs, aber auch der wachsenden Dominanz des Finanzkapitals, wird der *Druck auf kurzfristige Gewinnmaximierung zunehmen*. Das wird die weitere Unternehmenskonzentration fördern und die Bildung immenser Konzerne und zusätzlicher zumindest regionaler Monopole begünstigen. Weiterhin wird ein erheblicher Teil der Kartell- oder Monopolgewinne für Firmenaufkäufe, finanzielle Transaktionen und Spekulationsgeschäfte verwendet. Wenn es zu Investitionen in den Produktions- und Dienstleistungsbetrieben kommt, dann werden sie trotz weiter sinkender Realeinkommen der abhängig Beschäftigten der Rationalisierung und Automatisierung dienen. Selbst bei schon weit gesunkenen Löhnen wird dies begründet werden mit dem Verweis auf die noch tieferen Löhne in Osteuropa und in der Dritten Welt. In Europa werden viele kleinere Unternehmen dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können und entweder aufgeben oder von einem Konzern als Filiale übernommen werden (wobei die feste Bindung an nur einen Auftraggeber selbst bei rechtlicher Selbständigkeit einen ähnlichen Charakter hat – vgl. etwa die Zulieferer der Autoindustrie). Allerdings werden diese „verlängerten Werkbänke“ nun nicht mehr primär in den peripheren Regionen angesiedelt werden, weil deren Infrastruktur nicht mehr ausreichen wird, sondern in den urbanen Wachstumsgürteln, vor allem der „Blauen Banane“, zu finden sein. Sie sind nicht weniger anfällig für und abhängig von kurzfristigen Entscheidungen ihrer Zentralen.

Die *Arbeitslosigkeit in Europa* wird weiter zunehmen. Unter dieser Bedingung kommt es zu weiterer Polarisierung zwischen arm und reich und damit zu fortschreitender Verelendung großer Teile der Bevölkerung, während die Eigentümer von Kapitalvermögen weiterhin kräftig verdienen werden. Die öffentlichen Sozialsysteme werden nicht mehr in der Lage sein, die Not aufzufangen. Es wird zu umfangreichen und infolge der räumlichen Segregation auch *großräumigen Proletarisierungen* kommen. Die Folge werden Gewalt, Kriminalität, Konflikte, Rassismus, Korruption, Drogen, Prostitution, Krankheit, Alkoholismus sein. Der (reduzierte und zunehmend mittellose) Staat wird solche Spannungen als Aufgabe des Konfliktmanagements begreifen und dafür *Polizei und Militär stärken und spezielle Eingreiftruppen* aufbauen, die vor allem das Übergreifen solcher Spannungen auf die *Wohlstandsinseln* verhindern sollen. Diese Wohlstandsinseln (dazu könnten wie schon heute so in Zukunft noch verstärkt z.B. die Schweiz, Luxemburg, Monaco, aber auch Singapur, die Bahamas, Long Island und andere gehören) werden Räume anderen Rechts (vor allem anderen Steuerrechts) und besonderen militärischen Schutzes sein. Kultur und Sport, zunehmend auch Bildung und Wissenschaft, werden vollständig unter die Kontrolle der *privaten Sponsoren* fallen, die selbstverständlich auch die Medien kontrollieren. Sie werden also zunehmend auch das *Bewusstsein der Menschen konfektionieren* – was bedeuten könnte, dass die Ursachen der bedrückenden Lebenswirklichkeit nicht mehr so sehr als Folgen der *gesellschaftlichen* Struktur identifizierbar sein, sondern als *individuelles* Ungenügen, als Minderwertigkeit gedeutet werden. Die Wohlstandsinseln werden mit den Entscheidungszentralen sowie untereinander eng vernetzt und mit den peripheren Regionen vor allem über engmaschige Überwachungs- und Frühwarnsysteme verbunden sein. Mehr noch als heute werden Bildung und Kultur wenigen vorbehalten sein. Privatisierung wird auch hier den faktischen Ausschluss der großen Mehrheit und den exklusiven Genuss durch kleine Minderheiten fördern.

Auch wenn noch immer geburtenschwächere Jahrgänge nachrücken: Die steigende Immigration aus Entwicklungsländern und Osteuropa, die Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen im Produktions- und Bürobereich, die Auslagerung von Produktionsbetrieben in Billiglohnländer, die weitgehende Sättigung des Marktes mit langlebigen Gebrauchsgütern werden die *Arbeitslosenziffern unausweichlich in die Höhe* treiben. Wenn man eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich annähme, würde dies den Trend immerhin abschwächen.

Es wird also zu weiterer *regionaler Polarisierung* kommen – in Europa werden sich im urbanen Gürtel der „Blauen Banane“ und in den Großräumen Paris und Berlin die Wachstumsbranchen konzentrieren, und zwar auf Kosten der anderen, zunehmend peripheren Regionen. Solange das noch finanzierbar ist, werden diese Regionen mit Subventionen des Typs der Europäischen Strukturfonds bedient, dann werden sie zunehmend sich selbst überlassen. Verfall der Infrastrukturen, Desinvestitionen und Abwanderung sind schon heute deutliche Indikatoren. Im Wachstumsgürtel wird keineswegs allgemeiner Wohlstand herrschen. Einige wenige Zentren – in Deutschland vielleicht Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, München – denen es gelungen ist, wichtige Headquarters

samt den entsprechenden Dienstleistungen anzusiedeln, werden relativ prosperieren. Aber auch dort wird es *wachsende Arbeitslosigkeit, Einkommensrückgänge, Armut und folglich Polarisierung* geben. Die Verarmung der öffentlichen Haushalte wird staatliche Korrekturen unmöglich machen. Die übrigen Gebiete des Wachstumsgürtels werden starken Konjunktur- und Nachfrageschwankungen ausgesetzt sein, so dass auch dort die sozialen Probleme sich häufen und wegen ihrer Konzentration zu ständigen Eruptionen führen werden.

Die Wirtschaftsverbände werden im Verein mit den transnationalen Unternehmen und den ihnen nahe stehenden Parteien und Einflussgruppen alles versuchen, um *den Staat zu schwächen* (Deregulierung, Entbürokratisierung, Entstaatlichung, Privatisierung). Dabei geht es vorrangig darum, die *Umverteilungsfunktion des Staates zu reduzieren*, Arbeits- und Umweltschutz, Gewerbeaufsicht, Lebensmittelkontrolle einzuschränken und weitere gewinn- oder imageträchtige Teile der heutigen Staatsaufgaben im Infrastrukturbereich (z.B. Straßen, öffentlich-rechtliche Medien, Wasserversorgung, Kultur) zu privatisieren. Der Staat wird reduziert auf drei Funktionen: die nicht Gewinn versprechenden Infrastrukturleistungen dort zu erbringen, wo die Unternehmen das wünschen; das Eigentum zu sichern und die dafür nötigen Justiz-, Polizei- und Militärkräfte zu unterhalten; und günstige Rahmenbedingungen für die Gewinnerzielung einheimischer Konzerne („Standortsicherung Deutschland“), soweit sie von politischen Entscheidungen abhängen, zu schaffen. Darüber hinaus reduziert sich Politik, gleich von welcher Mehrheitspartei getragen, zunehmend auf *symbolische Veranstaltungen in den Medien*.

Umwelt wird nicht geschont, sondern im Interesse weiteren Wachstums stärker belastet. Nachsorgender Umweltschutz herrscht vor, selbst er jedoch wird unter dem Druck der Lobbies zurückgenommen. Lediglich die Wohlstandsinselfen werden sorgfältig vor Umweltschäden und möglicherweise gesundheits-schädlichen Importen abgeschirmt und bewahrt, soweit das technisch machbar ist. Die Dritte Welt und Osteuropa bleiben in erster Linie Lieferanten für Rohstoffe und Massenprodukte. Armut, Kriminalität, Krankheit und Konflikte werden dort aber nicht behoben werden. Der Auswanderungsdruck wird also nicht gemildert, sondern eher verstärkt. Schwellenländer werden nur dann im Club der Reichen akzeptiert, wo sie denen unmittelbar nützen. Wenige große Naturreservate dienen dem Schutz und der Pflege der biologischen Artenvielfalt, deren genetische Codes bereits weitgehend patentiert sind und vermarktet werden. Kurzlebige Massenprodukte, automatisiert herstellbar, werden die Märkte der Peripherie beherrschen. Die Peripherie bleibt der Ort der umweltbelastenden Industrien, der genetischen Freilandexperimente, der Atomkraftwerke, der bestrahlten und gentechnisch manipulierten Lebensmittel, der industrialisierten und hoch chemisierten Landwirtschaft, der Manöverübungsplätze, der Lebensraum jener „unfreiwilligen Versuchsmehrheit“ (Beck), an der die Grenzwerte für allerlei Gifte getestet werden.

Rund fünfzehn Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung leben heute schon *unterhalb der Armutsschwelle*, beziehen also ein Einkommen, das weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens beträgt. Die generelle Tendenz: Der Anteil der Armen nimmt zu. Aufgrund des Altersaufbaus der Gesamtbevölke-

rung nimmt der relative Anteil der Personen im Rentenalter (über 65 Jahre alt – allerdings nehmen auch die Frührentner zu, so dass die wirklichen Verhältnisse unterschätzt werden) zu. Bei abnehmender Geburtenhäufigkeit und zunehmender Lebenserwartung wird der relative Anteil der über 65jährigen in den kommenden Jahren weiter deutlich ansteigen. Nun sind natürlich nicht alle Rentner arm, aber der Anteil der Armen wird zunehmen, vor allem, weil Sozialleistungen und Renten real laufend gekürzt werden.

Damit geht ein tief greifender *Wandel der Sozialstruktur* einher, der – da der überwiegende Teil der Wohnbevölkerung des Landes in Städten lebt – zuerst und vor allem die Städte betreffen wird. Er wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer erheblichen *Verschärfung der Klassegegensätze* führen. Zunehmende Konflikte sind absehbar: zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, zwischen Armen und Reichen, zwischen Einheimischen und Ausländern, zwischen „rechten“ und „linken“ politischen Bewegungen. Konnte in der Vergangenheit ein großer Teil dieser Konflikte durch staatliche Umverteilungs- und Sozialpolitik befriedet werden, so sind doch die Grenzen dieser Ausgleichspolitik deutlich geworden: Der Handlungsspielraum des Staates wird damit immer mehr auf reaktive Auffangpolitik eingeschränkt, und das schlägt auf alle staatlichen Ebenen durch. Zunehmende soziale *Ungleichheit* wird sich räumlich in zunehmender sozialer *Segregation* niederschlagen: auf der Ebene des Bundes (Süd-Nord-Gefälle, West-Ost-Gefälle), auf der Ebene der Länder (regionales Entwicklungsgefälle) wie auf der Ebene der Städte.

Weltweit nimmt die Zahl ausländischer Immigranten in raschem Tempo zu, und Europa gehört zu den bevorzugten Einwanderungsregionen. Dabei spielen mehrere Faktoren zusammen: die zunehmende internationale Ungleichheit, die zunehmende Information durch Massenmedien, die zunehmende Mobilität, nationale und internationale Krisen und Umweltschäden. Allein die europäische Integrationspolitik lässt erwarten, dass die *Zuwanderung anhalten*, sich wahrscheinlich verstärken wird, insbesondere wegen der Osterweiterung. Die Ausländer *unterschichten* die einheimische Bevölkerung. Sie gehören zu denen, die am wenigsten in der Lage sind, den Konsum- und Lebensstandard zu erreichen, den Massenmedien und Werbung als „normal“ und erstrebenswert darstellen.

Angesichts solcher Entwicklungstrends setzen die herrschenden Kreise in Politik und Wirtschaft auf die Mechanismen der Marktsteuerung und empfehlen, Staat abzubauen. *Wenn es aber gerade die Markt- und Wachstumslogik selbst sind, die uns in die Krise getrieben haben – dann sitzen wir in der Falle.*

11.3 Alternativen

Vielleicht sollten wir weniger Energie darauf verwenden zu fordern oder zu warten, dass oder bis der Staat endlich das Richtige tue – und mehr auf die praktische Verwirklichung von Alternativen verwenden. Vielleicht brauchen wir den Staat dazu gar nicht, weder seine Gesetze und Vorschriften noch seine Subventionen. Auch dafür gibt es Ansätze, Beispiele, Vorbilder, aus denen sich lernen

lässt. Die folgende Materialsammlung soll um drei Grundsätze herum entwickelt werden: *Abkoppeln, Ressourcen schonen, Selbstorganisation stärken*.

Wir denken dabei zuerst und vor allem an die *kommunale und regionale Ebene*, auf der viele Dinge heute schon möglich sind, ohne dass man auf die anderen Ebenen warten muss – also an eine *Reformstrategie von unten*. Wir denken, dass „Abkoppeln“, das bedeutet Eigenständigkeit und Selbständigmachen, dass „Ressourcen schonen“ und dass „Selbstorganisation“ insbesondere auf der lokalen Ebene nötig und möglich sind. Wir dürfen nicht warten, bis der Einstieg in die nötigen Reformen von den Institutionen gefunden wird; wir müssen die Gelegenheit in viele eigene Hände nehmen. Parallel zum Funktionsverlust der offiziellen Ebene wird die Zivilgesellschaft sich aufbauen und nach Selbständigkeit drängen. Sie muss sich Handlungsspielräume und Rahmenbedingungen schaffen, die ihrer Entwicklung hin zu einer friedfertigen, sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Gesellschaft Chance, Inhalt und Richtung geben.

11.3.1 Abkopplung

Abkoppeln soll bedeuten, dass wir Wege suchen sollten, die uns weniger abhängig machen vom weltwirtschaftlichen Prozess, von seiner realen ebenso wie von seiner monetären Seite. Stattdessen muss die sichere Basis wirtschaftlicher Entwicklung in der Befriedigung der Bedürfnisse der regionalen Bevölkerung liegen. Das heißt nicht Autarkie, die unter heutigen Bedingungen ohnehin nicht möglich wäre. Es gibt viele Rohstoffe, die wir schlicht importieren müssen, unabhängig von der wirtschaftspolitischen Philosophie. Wir sollten da reduzieren, wo es geht und Substitute entwickeln, aber eine gewisse Abhängigkeit wird bleiben. Auf das Niveau dieses unerlässlichen Minimums sollten wir auch die Exporte reduzieren. Nach innen kann nur eine sorgfältige Ausbalancierung von Angebot und Nachfrage Bedingungen allgemeinen Friedens, freilich auf langsam sinkendem materiellem Niveau (wegen der Ressourcenschonung), schaffen.

Eine alternative Strategie würde ihre Orientierung nicht an teuren und unsicheren Neuansiedlungen neuer, womöglich extern kontrollierter Gewerbebetriebe suchen, sondern vielmehr am *lokalen Bevölkerungs- und Kaufkraftpotential*, seinen Bedürfnissen und den regional vorhandenen oder erschließbaren Möglichkeiten, sie zu befriedigen. Nicht die interkommunale Konkurrenz ausschließlich zum Nutzen der Konzerne, die vielleicht, entsprechende Vorleistungen vorausgesetzt und solange die übrigen Bedingungen ihnen günstig erscheinen, einen Filialbetrieb ansiedeln wollen und damit die heimischen Betriebe unter Konkurrenzdruck setzen, sondern *regionale Zusammenarbeit*, um dem einheimischen Gewerbe vernünftige und zukunftssichere Chancen einzuräumen. Das bedeutet, dass Gemeinden bewusst auf mögliche Gewerbeansiedlungen verzichten, sofern sie nicht Elemente einbringen, die bis anhin einer eigenständigen Regionalentwicklung in möglichst geschlossenen Kreisläufen fehlten. In regionaler Zusammenarbeit könnten Gemeinden gemeinsam über die Ausweisung von Gewerbeflächen entscheiden, festlegen, wie sie genutzt und von wem sie vorrangig in Anspruch genommen werden sollen – müssten dann aber auch

einen Modus vereinbaren, nach dem der Nutzen angemessen in der Region verteilt wird. Und selbstverständlich bedarf es verbesserter Zusammenarbeit zwischen *Kernstadt und Umland*, auch, um die technische und soziale Infrastruktur rationell erstellen und bürgerfreundlich anbieten zu können. Schließlich verlangen der Schutz der Umwelt und die sparsame Nutzung natürlicher Ressourcen nach besserer regionaler Zusammenarbeit.

Dies alles spricht für die Schaffung *regionaler Institutionen*, an die die Gemeinden Kompetenzen in der Planung, im Umweltschutz, in der Wirtschaftsförderung abgeben sollten. Dafür sind verschiedene Modelle vorgeschlagen, die von bloßer Unterrichtung und Koordination („Konferenztyp“) über Zweckverbände bis hin zur Eingemeindung reichen². Die Rechtsgrundlagen dafür sind vorhanden und sie werden sektoral auch genutzt.

Die Möglichkeiten einer regionalen Wirtschaft, sich von den globalen Kreisläufen abzukoppeln, sind vielfältig. Im Folgenden wird der Ansatz einer *eigenständigen Regionalentwicklung* dargestellt, der Anknüpfungspunkte zu den Self-Reliance-Ansätzen der Entwicklungsländer aufweist. Projekte finden sich vor allem in Österreich und der Schweiz, aber auch in Großbritannien, USA und Deutschland. Mit den Projekten soll ein ökologischer, sozialer und demokratischer Wirtschaftsumbau in Richtung auf eine regionale Eigenständigkeit angestrebt werden. Die vordringliche Aufgabe besteht in der Schaffung einer gemeinsamen Zusammenarbeit aller regionalen Kräfte, die der Erzeugung von Wohlfahrt – im Sinne von Zufriedenheit und Nutzen dienen³. Es sollen die *endogenen Potentiale der Region* genutzt werden, allerdings im Gegensatz zum wirtschaftspolitischen Ansatz einer „Endogenen Entwicklung“ nicht deshalb, um fremdbestimmt für den Weltmarkt zu produzieren, sondern um eine selbst bestimmte Entwicklung von unten zu erreichen. Diese Region wird als Lebensmittelpunkt angesehen, den es zu erhalten und zu gestalten gilt. Die in der Region vorhandenen Kräfte (Menschen mit ihren spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten) sollen mobilisiert und entwickelt werden. Hierfür werden intermediäre Organisationen benötigt, die einen derartigen Prozess in der Region initiieren.

Das „Regionale Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur“ (RWZ) hat in der Region Rhön eine derartige Aufgabe übernommen. Das RWZ will eine eigenständige Regionalentwicklung in den Bereichen Regional-, Stadt- und Dorfentwicklung, Umwelt und Technik, Wirtschaften in der Region sowie soziale und kulturelle Arbeit in dem Gebiet fördern.

PLENUM – das Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt – ist ein neuartiges Naturschutzkonzept für Baden-Württemberg mit ganzheitlichem Ansatz. PLENUM strebt eine natur- und umweltverträgliche, nachhaltige Entwicklung und Stärkung der Regionen an. Es bezieht Landnutzer und andere Bevölkerungsgruppen vor Ort umfassend in die Entwicklung von Maßnahmen zum Wohl der Natur ein und unterstützt sie bei ihrer Umsetzung⁴.

2 – u.a. Wagener, 1984

3 – Grabski-Kieron/Knieling, 1994, 162

4 – <http://www.plenum-bw.de/>

Eine Trendwende in der Regionalpolitik wurde schon vor zehn Jahren in Hessen verkündet. So hatte das Bundesland ein Förderprogramm zur ländlichen Regionalentwicklung aufgelegt, das vornehmlich die Projekte gezielt aktiviert, die über die traditionellen Formen der regionalen Förderpolitik bisher kaum oder gar nicht erfasst wurden⁵. Dabei werden Dienstleistungen und Sachausgaben für gemeinschaftlich orientierte, kleinräumige Projektvorhaben mit innovativem und umwelt- und sozialverträglichem Charakter gefördert, d.h. die politische Arbeit in Bürgerinitiativen sowie die Arbeit im kulturellen und sozialen Bereich. Darüber hinaus sollen Impulse für die Erarbeitung von Leitbildern und für regionale Entwicklungsgesellschaften (einschließlich intermediärer Organisationen) gegeben werden.

Besonders interessant und in rascher Entwicklung begriffen sind so genannte LET-Systeme („Local Exchange Trading System“). „Unter einem LET-System bzw. Kooperationsring versteht man ein organisiertes Verrechnungssystem, das dem bargeldlosen Austausch von Leistungen und Produkten zwischen Privatpersonen, Organisationen und Kleinunternehmen auf lokaler Ebene dient. Da überwiegend Dienstleistungen und Produkte zwischen privaten Haushalten ausgetauscht werden, beschränkt sich das Tätigkeitsfeld eines LET-Systems im Regelfall auf einen Stadtteil, eine Stadt oder eine Region“⁶. Für derartige Systeme gibt es keine einheitliche Bezeichnung. Wir benutzen im Folgenden den Begriff *lokale Tausch- und Zweitwährungssysteme*. Die ersten Vorläufer von lokalen Tausch- und Zweitwährungssystemen entwickelten sich in Frankreich und Großbritannien in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Hundert Jahre später wurden – in Anlehnung an die Freigeldlehre von Silvio Gesell – in Österreich und Deutschland erste „Freigeld“- bzw. Notgeld-Experimente durchgeführt. 1983 wurde auf Vancouver Island (British Columbia) in Kanada zum ersten Mal ein LET-System im heute verstandenen Sinne eingeführt.

Die lokalen Tausch- und Zweitwährungssysteme haben sich einerseits aus Not, andererseits aus der Kritik an einer geldbestimmten Ökonomie entwickelt. Mit Gutscheinen mit Phantasienamen lassen sich bargeldlos Waren erwerben, sofern man einem der lokalen Tausch- und Zweitwährungssystemen beigetreten ist. „Ob eine Mutter nun Kuchen für einen Kindergeburtstag braucht oder der Sohn therapeutische Beratungen, ob eine Hausfrau ungespritzte Äpfel einkellern möchte oder einen Fensterputzer benötigt ... mit ‚beaks‘ [oder wie immer die lokale Tauschwährung benannt wird, B.H.] kann es erworben werden. Die Tauschringe ermöglichen es auch Kleinverdienern und Arbeits- oder Erwerbslosen, am Handel teilzunehmen. Nicht nur das. Man kann auch seine eigenen Fähigkeiten anbieten, sich mit der bargeldlosen Währung bezahlen lassen und dafür wieder einkaufen“⁷. Jeder, der mit einem geringen Jahresbeitrag mitmacht, erhält ein Konto, ein Scheckbuch und eine Liste, auf der alle Angebote und Gesuche verzeichnet sind. Am Ende des Monats erhält jeder Teilneh-

5 – Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, 1993

6 – Schneider/Füller/Godschalk 1995, 6

7 – so Bultmann 1994; aktuell: http://www.fs.tum.de/bsoe/hui/hui2000/hui_s_42000.pdf

mer eine erneuerte Angebots- und Gesuchsliste sowie die Kontostände aller Mitglieder – ein Bankgeheimnis gibt es nicht. Durch die enge soziale Kontrolle ist die Gefahr von Trittbrettfahrern sehr gering. Wer sein Konto überzieht, kann seine Schulden abarbeiten – Soll-Zinsen muss er nicht bezahlen. Alle können ihre Talente und ihr Wissen einbringen und gegen Tauschwährung anbieten. Der Wert einer Einheit Tauschwährung wird in der Regel über die Arbeitszeit festgelegt – große Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen gelernter und ungelernter Arbeit gibt es in diesem System nicht. Die Zahl der Mitglieder soll überschaubar bleiben; anonyme Verhältnisse, Funktionäre und Machtstrukturen sollen vermieden werden⁸. Während in Giessen und im Ruhrgebiet also der Justus rollt, in Bremen der Bremer Roland, im Chiemgau der (bald auch elektronisch mit EC-Karte nutzbare) Chiemgauer und in Genthin der Zweitroschen, können vielleicht unsere Parlamentsabgeordneten in Berlin bald mit dem Berliner zahlen und damit an einem Projekt teilnehmen, welches nicht von oben verordnet, sondern von unten gewachsen ist.

In Deutschland gibt es derzeit ca. 220 Tauschringe mit zusammen ca. 20.000 Teilnehmern, wobei die erste „döMak“ erst 1993 in Halle/Saale eingerichtet wurde. Die meisten Tauschringe nennen ihre bargeldlose Währung „Talente“, in Frankfurt wird sie bezeichnenderweise „Peanuts“ genannt. In zwei Gemeinden in der Nähe von Bremen, Ottersberg und Sottrum wird mit „Torfdollar“ gehandelt. Zu bekommen sind Metallmöbel, Schweißarbeiten, Töpferartikel, die Zeitung Torfkurier samt Kleinanzeigen, antiquarische Bücher, Schreinerleistungen, Haarschneiden und Holzhacken.

Um Sparen möglich zu machen, arbeitet man im Chiemgau zusammen mit der *Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken* an einem Konzept für Bank-Funktionalitäten. Dass Regiogelder auch für regionale Bankinstitute und Sparkassen interessant sein könnten, zeigt die Sparkasse Delitzsch (bei Leipzig). Diese ließ sich soeben ein Gutachten über die Regiowährungen erstellen, bei dem für die juristische Seite der ehemalige sächsische Innenminister Klaus Hardrath und für die wirtschaftliche der Unternehmensberater Hugo Godschalk verantwortlich waren. Dass das Ergebnis positiv ausfiel, führte im Münchner Stadtrat zu einem Antrag, entsprechende Möglichkeiten auch für München auszuloten.

Lokale Tausch- und Zweitwährungssysteme tragen dazu bei, die lokale Ökonomie zumindest in Teilen zu *entmonetarisieren* und damit aus dem Strudel einer rein an monetärem Profit orientierten Wirtschaft herauszuhalten. Sie könnten Teil einer informellen Ökonomie sein, in der auch diejenigen, die nicht über eigenes Geldeinkommen verfügen (z.B. Arbeitslose) weder materiell verelenden noch in ihrem Selbstwertgefühl geschädigt werden. Damit würden sie im realen Sinn zur Sicherung eines Grundeinkommens beitragen. Lokale/regionale Ökonomien ließen sich schrittweise so umbauen, dass sie zumindest tendenziell in die Lage kommen, dem Wachstumsdruck zu widerstehen und ihre wirtschaftliche Sicherheit in der *Versorgung der ansässigen Bevölkerung* zu gewährleisten.

Abkoppeln bedeutet auch, dass sich Gemeinden/Regionen politisch unabhängiger machen von den Vorgaben und Verlockungen der politisch höheren Ebe-

nen. Der rechtliche Rahmen sieht Spielräume dafür ausschließlich im Bereich der *Selbstverwaltungsaufgaben* vor, für die den Kommunen ohnehin die Mittel fehlen. Sie müssen also vor allem für mehr freie Mittel sorgen. Das kann einerseits durch Einsparungen geschehen – wenn z.B. bei der Erschließung neuer Baugelände oder bei Anreizen zur Gewerbeansiedlung eine gemeinsame Politik in größeren, d.h. regionalen Einheiten, verfolgt und damit Fehlinvestitionen vermieden werden. Gewiss spricht auch nichts gegen eine *Rationalisierung der Verwaltung*, sofern dieses sich primär auf die Befriedigung regionsinterner Bedürfnisse richtet. Dazu müssten Kompetenzen neu verteilt werden. Einerseits sollen funktional sinnvolle, d.h. lebensfähige Regionen mit der dafür erforderlichen Verwaltung und demokratischen Entscheidungsmechanismen entstehen, andererseits dürfen die Vorteile der lokalen Transparenz und des lokalen Engagements nicht aufgegeben werden. Das kann durch die Erhöhung von Einnahmen geschehen, so wie z.B. die Stadt Kassel das gemacht hat mit der Einführung einer *kommunalen Verpackungssteuer*, oder durch die Kommunalisierung der Energieversorgung. Dafür könnte nach dem BVG-Urteil auch die *Grundsteuer* herangezogen werden, deren Einheitswerte und Hebesätze kommunal festgelegt werden. Die Mittel, die aus solchen Steuern und Abgaben fließen, sollten gezielt zur Ökologisierung und zur Förderung von Ansätzen der Selbstorganisation zur Verfügung gestellt werden.

Eine wichtige infrastrukturelle Hilfe dafür könnte in der Einrichtung von *Nachbarschaftszentren* bestehen. Sie könnten einerseits die Funktion von Ökozentren übernehmen, wie sie Eckart Hahn⁹ vorgeschlagen hat, d.h. Materialien, persönliche Beratung und Fortbildung für alle Bereiche der alltäglichen Ressourcenschonung bereithalten. Darüber hinaus sollten sie „Haus der Eigenarbeit“ sein und Werkzeug und handwerkliche Anleitung zur Verfügung stellen für die tägliche Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Schließlich sollten dort Räume zur Verfügung stehen, z.B. für die Organisationszentralen lokaler LETs, für Bürgerinitiativen, für Veranstaltungen, für politische Gruppen. Ganz besonders soll damit die Bildung und das Funktionieren von Selbsthilfe-Netzen unterstützt werden. Hier liegen enorme Arbeitspotentiale, die zu einem großen Teil durch Eigenarbeit und Nachbarschaftshilfe bewältigt werden können, sofern es entsprechende Anleitung gibt: die Wärmeisolierung von Gebäuden, aber auch der Bau und die Installation von Solarkollektoren für die Warmwasserbereitung wären solche Aufgaben. Die Berater in diesen Zentren sollten auch eigene Initiativen entwickeln und mit den Menschen in der Nachbarschaft sprechen, um sie zur Ressourcenschonung anzuregen. In kleineren Gemeinden könnte dies in den Gemeindehäusern geschehen; in Städten wären Einrichtungen auf Quartiersebene richtig.

Regionale Eigenständigkeit fördern heißt auch, die innerregionalen Informationen über Angebot und Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verbessern und den innerregionalen Austausch fördern. Mit der Information und der Stärkung regionaler Marken sollte regionale Identität gestärkt werden, so, dass wo immer möglich und sinnvoll Wertschöpfung und Kaufkraft auch in der

9 – Hahn, 1991

Region verbleiben. Ziel sollte die regionale Stabilisierung sein, so dass Gewerbe und junge Menschen eine realistische Chance haben, am Ort den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu sichern.

11.3.2. Ressourcen schonen

Ressourcen schonen heißt zunächst einmal, den für nötig gehaltenen materiellen Wohlstand durch einen minimalen Einsatz natürlicher Ressourcen zu realisieren („Effizienzrevolution“). Das ist möglich, und dafür gibt es zahlreiche Ansätze und Vorschläge. Aber das reicht noch nicht aus. Wir brauchen auch eine „Suffizienzrevolution“, d.h. eine Überprüfung unseres Wohlstandsmodells daraufhin, ob denn alles das, was wir uns unter Einsatz natürlicher Ressourcen leisten, wirklich nötig ist, oder ob nicht etliches davon verzichtbar wäre. Hier spielen Überlegungen zu einem „Neuen Wohlstandsmodell“ eine große Rolle¹⁰, die richtigerweise davon ausgehen, dass wirklicher Wohlstand nicht im Erwerb von Gütern, sondern letztlich in mehr Freiheit und Selbstbestimmung, in politischer Teilhabe, Bildung, Kultur und sinnlichen Genüssen liegt.

Ein Ansatz zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist durch *Effizienzsteigerungen* zu erreichen. Hier sind sowohl auf der Seite der Unternehmen, der privaten Haushalte als auch auf kommunaler Ebene erhebliche Einsparpotentiale zu erkennen. So weist die Enquête-Kommission auf technische Einsparpotentiale im Energiebereich von insgesamt 35 – 45% hin, für den Gebäudebestand bzw. für den Neubau sogar von siebzig bis neunzig Prozent¹¹. Die wichtigste aller Aufgaben unter ökologischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten wäre die ökologische Sanierung des Baubestandes. Sie würde auf Energieeinsparung setzen, regenerative Energien verwenden, regionale Baustoffe, Regen- und Brauchwassernutzung, Flächenentsiegelung und Begrünung fördern und damit nicht nur zur Werterhaltung der Gebäude beitragen, sondern zur lokalen Beschäftigung auch in weniger qualifizierten Bereichen und zur Entwicklung neuer regionaler Produktionsketten, wenn z.B. konsequent die Potenziale nachwachsender Rohstoffe genutzt würden. Selbstverständlich gibt es zahlreiche Ansätze in dieser Richtung – aber es ist gar nicht zu verstehen, wieso daraus noch nicht ein groß angelegtes, flächendeckendes Programm geworden ist.

Diesem Ziel würde auch eine *ökologische Unternehmensführung* dienen¹². Viel spricht dafür, dass eine ökologische Orientierung in kleineren und mittleren Unternehmen, insbesondere im Handwerk, sich eher durchsetzen kann als in größeren Unternehmen. Vor allem dann, wenn Unternehmen als Kapitalgesellschaften verfasst sind, dürfte es schwieriger werden, die Eigentümer von einem Kurs zu überzeugen, der nicht der Maximierung des kurzfristigen Gewinns, sondern der dem langfristigen Überleben und der langfristigen Akzeptanz in der regionalen Bevölkerung dient. Handwerksbetriebe sind stärker regi-

10 – u.a. Weizsäcker, 1994

11 – Enquête-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“, 1992, 70

12 – Dyllick, 1995; Schmidheiny, 1992; Jungk, 1990; Kreibich, 1994

onal verwurzelt. Sie sind häufig Familienbetriebe, oft besteht der Wunsch, sie in der nächsten Generation durch Nachkommen weiterführen zu lassen, der Bezug zum Kunden ist persönlicher, der Gebrauchswert steht vor dem Tauschwert¹³. Gerade in peripheren Regionen spielen sie eine enorm wichtige Rolle und sie sind unverzichtbarer Bestandteil jeder Überlegung zu eigenständiger Regionalentwicklung.

Durch die Zusammenarbeit von Hochschulen, der städtischen Verwaltung und der kommunalen Unternehmen können Einsparpotentiale bzw. kommunalpolitische Barrieren systematisch gefunden werden, die sowohl unter ökologischen als auch unter ökonomischen Kriterien profitabel sein können. Das „Ökoprotit“-Konzept der Stadt Graz ist ein Beispiel für eine derartige Zusammenarbeit, die zeigt, dass sich in zwei Drittel der technischen Verbesserungsvorschläge eine weniger als zweijährige Amortisationsdauer ergibt. Technische Effizienzsteigerungen sind eine notwendige Bedingung für eine nachhaltige (Stadt-) Entwicklung. Sie sind jedoch keinesfalls hinreichend, weil sie sich bisher an marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten und nicht an ökologischen Grenzen orientieren. Unter dem Aspekt einer ökologischen Effizienz liegen die eigentlichen Probleme in der Fertigungswirtschaft, in der ein Unternehmen große Produktmengen fertigen und absetzen muss und deshalb kein Interesse haben kann, reparaturfreundliche und langlebige Produkte herzustellen. Ähnliches gilt für die Betriebsstoffe und für die Verschleißteile, da die Wartung und der Service ebenfalls profitabel sein sollten¹⁴.

Neben den technischen Innovationen tritt deshalb ein ökologisches Design der Produkte bzw. Dienstleistungen in den Vordergrund. Eine stoffliche Kreislauforientierung führt zu „intelligenten“ und langlebigen Produkten. Dabei muss es die Aufgabe der Hersteller sein, die Materialkreisläufe mit den Verantwortungskreisläufen zu überlagern, um so bei den Unternehmen eine Produkt- und Materialverantwortung zu erreichen¹⁵. Für verschiedene Produkte kann dies nur von der nationalen Politik durch Rückgabeverpflichtungen erreicht werden. Sie führt zu einem neuen Design der Produkte. Zusammen mit einer Kennzeichnung der Materialien können so die Einzelteile wieder in die neuen Produkte eingebaut werden. Ein mittelfristiges Ziel eines ökologischen Designs ist die regionale stoffliche Kreislauforientierung. Die kommunalen und regionalen Entscheidungsträger können diesen Prozess durch Gründung von Netzwerken zwischen den regional wirtschaftenden Unternehmen entscheidend unterstützen. So beispielsweise durch die Veranstaltung von regionalen Wirtschaftstagen zur eigenständigen Regionalentwicklung, an denen ausschließlich regional wirtschaftende Unternehmen teilnehmen dürfen (wie z.B. die Regionalmesse in der Region Rhön) oder der Gründung eines „Ökozentrums“, in der neue innovative Ideen für biologisches und ökologisches Planen und Bauen entwickelt und in der Gesellschaft weiterverbreitet werden sollen (wie z.B. das Ökozentrum NRW in Hamm oder das Umweltzentrum der Handwerkskammer Trier).

13 – Rumpf, 2003

14 – http://www.arqum.de/L_profit.html

Eine *ökologische Stadtpolitik* muss versuchen, so wie beim „Öko-Profit“-Konzept der Stadt Graz, ihre bestehenden Stadtstrukturen (Gesetze, Pläne u. a.) daraufhin zu untersuchen, welchen Beitrag sie zu einer ökologischen Stadtentwicklung beitragen. Sie sollte Prinzipien entwickeln, die sich an einer sozialen und ökologischen Verantwortung und am Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung orientieren und als Grundlage in eine kommunale Wirtschaftsförderung einfließen. Der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen der Stadt bzw. der Region müsste Vorrang eingeräumt werden vor einer Export-Basis-Orientierung. Dabei können Lokale Agenda 21-Initiativen hilfreiche Partner sein. Eine Voraussetzung hierfür ist die Umsetzung einer freiwilligen kommunalen Umweltverträglichkeitsprüfung (wie z.B. in Hamm und in Herne). Darüber hinaus ist es die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, eine gesellschaftliche Diskussion über die Art und Weise der Wirtschaftsentwicklung zu entfachen.

Außerdem kann die Wiederverwendung von Gütern und ein regionales Materialrecycling durch die Kommune gefördert werden, beispielsweise in Form eines Recyclinghofes (wie z.B. in Schwabach). Kommunale Entwicklungsgesellschaften könnten Qualifizierungsmaßnahmen zum „Recyclingwerker“ anbieten, in der Langzeitarbeitslose, schwervermittelbare Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, arbeitslose Schwerbehinderte oder von Wohnungsnot betroffene Menschen – neben den theoretischen Kenntnissen – praktische Zerlegetechniken einzuüben (wie z.B. der Bürgerservice gGmbH in Trier). Die Zerlegung bezieht sich auf die Produktgruppen „weiße Ware“ (Waschmaschinen, Geschirrspüler, Gas- und Elektroherde, Trockner u. a.) und „braune Ware“ (Stereoanlagen, Fernseher, elektronische Bürogeräte u. a.). So können nicht nur die gebrauchten Waren, sondern auch die gebrauchten Einzelteile wieder verwendet werden.

Außerdem wird die Umwandlung von einer Güter- und Energieversorgungsgesellschaft hin zu einer *stoff- und energiesparenden Dienstleistungsgesellschaft* zu einem der wichtigen Ansatzpunkte einer ökologischen Stadtentwicklung. Schon bei der Herstellung kann danach gefragt werden, ob der eigentliche Zweck nicht auf ökologisch vernünftigerem Weg erreicht werden kann. Der eigentliche Zweck einer Straße zum Beispiel besteht darin, Menschen mit den Gütern und Diensten zusammenzubringen, die sie bei der Arbeit und in ihrer Freizeit benötigen. Eine innovative Stadtplanung, die die Distanz zwischen Wohn-, Lebens- und Arbeitsbereichen verringert und Fußgänger, Radfahrer und den öffentlichen Nahverkehr fördert, vermag oft dasselbe zu leisten. Besser durchdachte Häuser bieten mehr Menschen Platz zum Leben und verbrauchen weniger Baustoffe und Energie, Pfandflaschen verursachen weniger Umweltkosten als Einwegbehältnisse, Bibliotheken und Computerdatenbanken bieten Tausenden von Menschen Zugang zu Büchern oder Zeitungen, ohne das für jeden Leser ein Exemplar gedruckt werden muss¹⁶.

Zusammen mit einem ökologischen Design eines Produktes können Öko-Leasing-Konzepte von kommunalen Unternehmen unterstützt werden. Unter

15 – Stahl 1993, 61

16 – z.B. im Energiebereich <http://www.energie.ch/themen/infrastruktur/effizienz/>

Öko-Leasing versteht man den Verkauf von Nutzen anstelle von Produkten. Beispielsweise verkauft ein Unternehmen, das Fotokopierer herstellt, nicht das Produkt, sondern die Fähigkeit „Fotokopieren“. Dadurch übernimmt das Unternehmen die Verantwortung für die Wartung des Kopierers und der Entsorgung bzw. für die Wiedereingliederung in den regionalen Stoffkreislauf. Eine dematerialisierende Dienstleistung stellt auch Service-Konzepte (wie beispielsweise den Windelservice oder Car-sharing) dar, die sich selbstorganisierend entwickeln, jedoch ebenfalls von der Kommune unterstützt werden können.

Im Vordergrund einer ökologischen Stadtpolitik muss eine konsequente Energieeinsparung stehen, und hier liegen enorme Potentiale. Eine dezentrale Energieversorgung würde sehr viel effizienter sein können: Kraft-Wärme-Kopplung bietet heute die effizienteste Umwandlungsform und lässt sich in kleinen Blockheizkraftwerken mit Nahwärmenetzen schon für kleinere Hausgruppen einsetzen. Im Unterschied zu Energieversorgungsunternehmen verkaufen Energiedienstleistungsunternehmen z.B. die Dienstleistung „Zimmertemperatur 20° C“ anstelle einer Menge Heizöl. Saarbrücken und Rottweil können hier als vorbildliche Kommunen genannt werden. Vor allem die Gemeinden sollten die Heizanlagen ihrer öffentlichen Gebäude umstellen auf Wärmelieferung. Der Wärmelieferant wird Eigentümer der Heizanlage und verantwortlich für die Leistung, und er hat daher alles Interesse daran, diese Leistung mit möglichst geringem Aufwand zu produzieren. Hier sollte die Gemeindeverwaltung Eisbrecherfunktionen übernehmen; Wärmelieferung als Dienstleistung lässt sich auch in den Bereichen Wohnen und Gewerbe einsetzen. Die *Stadwerke* könnten dazu zu Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) umgebaut werden. Solarkollektoren für die Warmwasserversorgung können auch unter unseren klimatischen Bedingungen die Heizung während der Sommermonate überflüssig machen (Selbstbau ist möglich). Photovoltaik zur direkten Nutzung der Sonneneinstrahlung als Elektrizität ist technisch so ausgereift, dass sie sich auf vielen Dachlandschaften vor allem in Städten einsetzen lässt. Windenergie und Biomasse kommen dagegen als Energiequellen eher für ländliche Gegenden in Frage. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass sich für regenerative Energien auch private Investitionen großen Umfangs mobilisieren lassen.

Mit dieser Kombination könnten Gemeinden sich weitgehend unabhängig machen von den Großversorgern und gleichzeitig die Emission von Treibhausgasen an der Quelle deutlich reduzieren. Damit sind aber die kommunalen/regionalen Möglichkeiten der Einsparung natürlicher Ressourcen keineswegs erschöpft. Wir nennen einige weitere Möglichkeiten, ohne damit in irgendeiner Weise „vollständig“ sein zu wollen oder zu können:

- Privatverkehr ließe sich reduzieren und auf öffentlichen Verkehr umleiten, wenn ein „beitragsfinanzierter Nulltarif“ eingeführt würde¹⁷. Dabei wird von jedem Haushalt im Einzugsbereich der Verkehrsbetriebe eine Nahverkehrsabgabe erhoben, für die dann alle Mitglieder dieser Haushalte Jahresnetzkarten erhalten und so die einzelnen Fahrten nicht mehr bezahlen brauchen. Da auch die Haushalte mit Auto diese Abgabe bezahlen, haben sie einen deutlichen

17 – Seydewitz/Tyrell, 1995

Anreiz, auf den ÖPNV umzusteigen. Gleichzeitig lassen sich die Bedingungen für den Privatverkehr vor allem in den Stadtzentren weiter einschränken. Im Ergebnis würden nicht nur Emissionen reduziert, es ließen sich auch Einsparungen durch Rationalisierung erzielen und die Verkehrsbetriebe von ihren hohen Defiziten befreien.

- Mehr als bisher – und entgegen den überholten Prinzipien eines „funktionalistischen Städtebaus“ – sollten Gemengelagen gefördert werden mit dem Ziel, Pendleraufkommen zu reduzieren und einseitige Nutzungen zu vermeiden. Das könnte insbesondere so geschehen, dass auch in Wohnlagen die Erdgeschossflächen für gewerbliche Nutzungen vorgesehen werden – das können Einzelhandelsgeschäfte und Büros, das können aber auch vermehrt „urban type industries“ sein, von denen keine Emissionen oder Gefahren ausgehen.
- Trotz deutlich abnehmendem Müllaufkommen ist der Deponieraum knapp und werden von der Industrie Müllverbrennungsanlagen propagiert – gegen die sich überall Bürgerinitiativen wehren. Seit gegen Ende der achtziger Jahre die Bürgeraktion „Das bessere Müllkonzept“ ins Leben gerufen wurde, haben sich überall Gruppen mit den Themen Abfallvermeidung und Restmüllbehandlung beschäftigt. Die Volksabstimmung in Bayern vom 17. Februar 1991 über die Volksinitiative für ein Abfallwirtschaftsgesetz hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Priorität haben sollte die Müllvermeidung vor der Wiederverwertung, diese wiederum vor der Endlagerung. Die Kommunen sollten hier ihren Einfluss geltend machen, um das Müllaufkommen zu reduzieren.
- Die Gemeinden sollten durch die Bauleitplanung, durch Förderungsmaßnahmen und durch eigenes Beispiel die Begrünung fördern. Jede Grünpflanze absorbiert CO₂, verbessert das Klima, filtert Stäube aus und dient dem Wasserhaushalt. Es wäre daher sinnvoll, nicht nur öffentliche Räume mit geeigneten Pflanzen zu begrünen, sondern auch Fassaden- und Dachbegrünungen zu fördern. Unsinnigerweise sind hunderte Kilometer Alleen abgeholzt worden, um die Fahrgeschwindigkeit auf Landstraßen zu erhöhen. Hier sollte zurückbuchstabiert werden. Wo immer möglich sollten öffentliche Anlagen und Alleen mit Obstbäumen bepflanzt werden zur freien Bedienung (eine Maßnahme, die bereits Fürst Franz im sachsen-anhaltinischen Wörlitz zur Unterstützung der Versorgung der Bevölkerung durchführen ließ!). Wo immer möglich, sollten in Wohnlagen Gärten und in Randlagen Flächen für Schrebergärten vorgesehen werden. Vor allem Arbeitslose sind angewiesen auf Möglichkeiten der Selbstversorgung. Als „Internationale Gärten“ (Göttingen) schaffen sie Kontaktmöglichkeiten für Einheimische und Ausländer.
- Eine stadtökologisch verträgliche Verdichtung von Wohn- und Gewerbegebieten, eine stärkere Innenentwicklung der bestehenden Stadtteile (durch Bestandserhaltung, Baulückenschließung und Flächenrecycling) und eine Nutzungsmischung von Funktionen in Stadtteilen sollte Vorrang eingeräumt werden vor neuen Flächenausweisungen. So führte die Stadt Viernheim 1994 einen Bürgerentscheid über die Frage durch, ob ein neues Wohngebiet ausgewiesen werden soll oder ob sie ihre räumliche Ausdehnung zugunsten ökologischer Kriterien selbst begrenzt und versucht, durch die städtische Politik der flächenhaften Ausdehnung entgegenzuwirken.

Nach den Ansichten der Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ muss ein Ziel eines neuen Umweltschutzansatzes sein, ein geändertes Werteverständnis zu erreichen. Fragen bezüglich unserer Lebens- und Wirtschaftsweise (Industrialismus, Konsumismus) müssen neu gestellt und beantwortet werden¹⁸. Die Prinzipien einer normativen ökologischen Wirtschaftsentwicklung kristallisieren sich um die Möglichkeiten, regionale Wirtschaftsstrukturen zu stärken, umweltverträgliche Wirtschaftsbranchen zu entwickeln und einer intraregionalen Innenorientierung auf Kosten einer internationalen Außenorientierung den Vorzug zu geben.

11.3.3 Selbstorganisation

Immerhin spricht für die These, dass der Staat immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens an sich gerissen und mit Hilfe der ihm zur Verfügung gestellten Machtmittel unter seine Kontrolle gestellt hat, mindestens ebenso viel wie für die üblicherweise herausgestellte, nach der es die Bürger seien, die gar nicht genug von staatlicher Gängelung bekommen könnten. Die Zivilgesellschaft, die da neben und gegen dem Staat besteht und blüht und gedeiht, hat sich in den Nischen eingerichtet, die Staat und Wirtschaft ihr gelassen haben. Da beide, Staat und Wirtschaft, in der Krise sind, dürften diese Nischen größer werden und die Chancen für Selbstorganisation wachsen. Wenn es Möglichkeiten zur Änderung gibt, dann liegen sie womöglich gerade nicht darin, Staat und Wirtschaft in ihrem traditionellen Verständnis erhalten und verbessern zu wollen, sondern darin, dass sie am Ende ihrer Weisheit sind und die Nischen deshalb größer werden müssen.

Die Gegenkultur der Zivilgesellschaft nährt sich aus unterschiedlichen Traditionen und Quellen, entwickelt sich aus unterschiedlichen Motiven, ist vielfältig und reich sowohl an Erfolgserlebnissen wie an Erfahrungen des Misserfolgs. Schon dies sollte davor bewahren, sie pauschal zu romantisieren: Schließlich sind auch Neo-Nazis und gewalttätige Skinheads als Teil dieser selbst organisierten Gegenkultur Bürgerinitiativen. Dennoch birgt die Zivilgesellschaft ein Potential, das für die Zukunft unendlich wichtig sein wird, weil viele der traditionellen Institutionen versagen. Historisch hat so der Anarchismus argumentiert, eine politische Philosophie, die heute beinahe gänzlich vergessen scheint¹⁹. Kaum einer hat das in jüngerer Zeit so früh und klar gesehen wie Robert Jungk²⁰, der mit seinen „Zukunftswerkstätten“²¹ so viele praktische Emanzipationsexperimente auf den Weg gebracht hat.

Selbstorganisation fördern bedeutet eigentlich einen Weg zurück in eine „Marktwirtschaft von unten“ (Hernando de Soto²²), eine, die nicht durch eine unendliche Zahl von Vorschriften und Abgaben geknebelt, die nicht durch

18 – Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“, 1994, 8

19 – zu den wenigen Ausnahmen gehört Blankertz, Goodman, 1980

20 – Jungk, 1993

21 – Jungk, Müllert, 1992

22 – Hernando de Soto, 1992

Monopole und Finanzjongleure pervertiert ist. Das kreative Potential der Menschen ist enorm, wenn sie nicht ständig gegängelt und eingegrenzt werden, es braucht wenig, um es fördern und um es sich entwickeln zu lassen, da muss entstaatlicht und dereguliert werden. Heute nennen wir das einen informellen Wirtschaftssektor, im Anschluss an die „Dualwirtschaften“ der Dritten Welt, und meinen damit vor allem, dass dieser Bereich keine Steuern und Sozialabgaben zahlt und nicht selten auch weniger Lohn- als Naturaleinkommen bezieht, und wir diskriminieren und kriminalisieren diese im Umfang zunehmende Wertschöpfung. Die Frage wird sein, wie sich mit dieser, der eigentlichen Marktwirtschaft, vernünftige Bedingungen schaffen und erhalten lassen. Es gibt ausreichend gute Vorschläge für Regelungen, die nicht auf Konkurrenz aufbauen und die nicht zu Ausbeutungsverhältnissen führen, und die verdienen mehr Aufmerksamkeit und Förderung.

Die wichtigste Ursache für Bürgerproteste und für das Entstehen von *Bürgerinitiativen*²³ liegt in der Kritik an den üblichen politisch-administrativen Entscheidungsprozessen. Sie werden von vielen Betroffenen nicht als demokratisch, offen und fair, aber auch nicht als sozial gerecht und ökologisch vernünftig erfahren, weder auf der individuellen noch auf der gesellschaftlichen Ebene. Daher wird vielfach von Konfliktverarbeitungsdefiziten herkömmlicher Verfahren gesprochen.

Eines der zentralen Probleme aller Partizipationsformen besteht darin, wie jene Bürger ihre Anliegen und Interessen wirksam vertreten können, die zu den *Unterprivilegierten*, Benachteiligten, Sprachlosen gehören: die Angehörigen der Unterschicht, die Frauen, Kinder, Ausländer, die Bewohner von Notunterkünften, Arme, Behinderte, kurz: alle, die nicht über eine organisierte Lobby ihre Interessen auf die politische Bühne bringen können. Die Folgerung lässt sich nicht ignorieren: Politische Partizipation, Artikulations- und Organisationsfähigkeit sind entscheidend abhängig von der *Klassenlage* der Menschen²⁴. In diesen Bereichen bildet sich noch einmal gesellschaftliche Ungleichheit ab, und sie wird durch das Ergebnis der Entscheidungen fortgesetzt und verstärkt. Das Problem, soziale Benachteiligung auf diesem Weg zu mildern, ist durch Bürgerinitiativen offensichtlich nicht gelöst, sondern nur noch deutlicher sichtbar gemacht worden.

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“, so definiert Raschke in seinem Standardwerk²⁵. Als *neue soziale Bewegungen* werden diejenigen bezeichnet, die in der Folge der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre entstanden sind, also vor allem die Frauen-, die Friedens-, die Anti-AKW- und die Ökologiebewegung. Sie bringen unzählige Menschen zusammen, die in kei-

23 – u.a. Grossmann, 1971; Mayer-Tasch, 1976

24 – Baum, 1978

25 – Raschke, 1985, 77

ner Organisation Mitglied sind noch sein wollen, dennoch ökologisch bewusst, sensibel und informiert im Alltag handeln. Keine soziale Bewegung hat in nur zwanzig Jahren so viele Menschen mobilisiert.

Rund 400 europäische Städte sind Mitglied im „Klimabündnis“, viele im „International Council for Sustainable Environmental Initiatives“ (ICLEI), 60 Kommunen im „WHO-Gesunde-Städte-Netzwerk“, hinzu kommen zahlreiche kleinere Netzwerke. Die Zahl der Publikationen und Konferenzen über ökologische Stadtentwicklung ist nicht mehr auszumachen, überall werden vollmundige Erklärungen abgegeben und unterzeichnet. Und tatsächlich gibt es ja Erfolge, Schönau oder Rottweil, Saarbrücken, Heidelberg, Erlangen, Freiburg und einige andere lassen sich vorzeigen. Die Einsicht, dass die Ökologisierung der Stadtentwicklung (nicht nur bei uns) eine Aufgabe von größter Bedeutung, eine Aufgabe auch mit erheblichen Beschäftigungseffekten ist, scheint zumindest praktisch noch nicht durchgedrungen zu sein. Noch immer gibt es kein Rathaus, das nach dem Stand der Technik ökologisch befriedigend umgebaut worden wäre.

An kaum einem Thema lassen sich die Höhen und Tiefen der Selbstorganisation so deutlich illustrieren wie an *Genossenschaftsbewegung* und *Gemeinwirtschaft*. Als eigenwillige und selbständige Organisationen der Schwachen, der Arbeiter, sollten die Genossenschaften als „dritte Säule“ neben Partei und Gewerkschaften dazu beitragen, die Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung zu befreien. Sie waren Teil einer sozialreformerischen Bewegung, niemals nur wirtschaftlich zu verstehen. Ihren Höhepunkt erreichte die Genossenschaftsbewegung in der Weimarer Republik. „Besonders stark waren dabei die Konsumvereine, aber auch die Wohnungs- und Baugenossenschaften sowie die Kreditgenossenschaften. In dieser Phase bildeten sich ausgehend von den Baugenossenschaften die Grundzüge staatlich geförderter Gemeinnützigkeit einerseits, gewerkschaftlicher Gemeinwirtschaft andererseits heraus“²⁶. Die nationalsozialistische Gleichschaltung unterbrach diesen Entwicklungsweg, der auch nach 1945 nur zögerlich wieder aufgenommen wurde. Vor allem die gewerkschaftlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wuchsen, in denen aber die Prinzipien genossenschaftlichen Zusammenschlusses – Freiwilligkeit, offene Mitgliedschaft, demokratisches Prinzip, Solidarität und wechselseitige Förderung der Mitglieder – immer stärker in den Hintergrund traten²⁷.

Der *Genossenschaftssektor* in Deutschland ist überwiegend mittelständisch geprägt. 2002 gab es in der BRD 8.633 genossenschaftliche Unternehmen mit fast 22 Mio. Mitgliedern. Die sektoralen Unterschiede sind groß: 1.507 Genossenschaftsbanken (inkl. Raiffeisenbanken) mit 15 Mio. Mitgliedern, 1.278 gewerbliche Unternehmen mit 256.000 Mitgliedern, in der Landwirtschaft 3.802 Genossenschaften mit 2,5 Mio. Mitgliedern. Insgesamt hat die Zahl der Genossenschaften abgenommen (außer im Wohnungsbau) – die Zahl der Mitglieder nimmt indessen weiter zu. Für viele Menschen scheint hier eine Option jen-

26 – Bierbaum/Riege, 1989, 20

27 – Novy et al., 1985

Zahl der Genossenschaften						
Jahr	Insgesamt	Genossenschaftsbanken	Ländliche Genossenschaften	Gewerbliche Genossenschaften	Konsum-Genossenschaften	Wohnungs-Genossenschaften
1938	31.175	12.820	14.289	1.700	640	1.726
1950	28.256	12.109	12.454	1.651	295	1.747
1955	27.467	11.842	12.059	1.507	303	1.756
1960	27.159	11.781	11.952	1.498	271	1.657
1965	24.153	10.439	10.654	1.323	210	1.527
1970	18.650	7.234	8.754	1.113	136	1.413
1975	13.979	5.240	6.420	926	116	1.277
1980	11.608	4.266	5.227	804	94	1.217
1985	10.003	3.693	4.307	782	38	1.183
1990	10.222	3.055	5.199	707	89	1.172
1995	11.506	2.607	5.364	1.536	63	1.936
2000	9.522	1.813	4.249	1.422	47	1.991
2002	8.633	1.507	3.802	1.278	55	1.991

Zahl der Mitglieder, in Tsd.						
1938	6.007	2.497	1.580	230	1.200	500
1950	6.610	2.717	1.703	231	1.324	635
1955	8.363	3.119	1.890	245	2.244	865
1960	9.910	3.950	2.016	275	2.585	1.084
1965	11.095	4.995	2.042	286	2.462	1.310
1970	12.072	6.373	1.859	275	2.105	1.460
1975	12.765	7.848	1.678	252	1.417	1.570
1980	13.145	9.105	1.555	207	665	1.613
1985	14.275	10.364	1.360	238	650	1.663
1990	15.207	11.421	1.205	257	600	1.724
1995	18.680	13.439	1.153	308	620	3.160
2000	22.027	15.039	2.875	255	825	3.033
2002	21.789	15.185	2.535	256	822	2.991

Tabelle 11.1: Zahl der Genossenschaften. *Quelle: Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg 2003*

seits der durchgehenden Kommerzialisierung zu liegen, die auch weiter gefördert werden sollte (siehe Tab. 11.1).

Unter dem Stichwort *Assoziatives Wirtschaften* wird, aus der anthroposophischen Tradition kommend²⁸, ein Modell des Wirtschaftens diskutiert, das ebenfalls von der Kritik der herrschenden ökonomischen Theorie und Praxis ausgeht, aber noch einen Schritt weiter geht. Preise, so wird argumentiert, regeln die wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Preise sind aber keine Naturprodukte, wie die herrschende ökonomische Lehre unterstellt, sondern Ergebnis von Machtverhältnissen und Verhandlungsprozessen. Basis des „richtigen“ Preises sind die Produktionskosten. Um die Menge und Qualität der benötigten Produkte festzustellen, sind Diskussions- und Beratungsprozesse erforderlich. Dort können Produzenten die Möglichkeiten und Bedingungen ihrer Tätigkeit den Konsumenten darlegen und Konsumenten erläutern, was sie zu welchem Preis abzunehmen bereit sind. Auf der Basis kooperativen Han-

28 – http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Landwirtschaft_Globalisierung.pdf

dels werden vertraglich abgesicherte Vereinbarungen getroffen, die beiderseits als faire Lösungen akzeptiert werden. So könnten z.B. Landwirte der mengenorientierten, auf die Agroindustrie fixierten Politik der Europäischen Union entgegen, während Verbraucher sich dem Angebot zunehmend chemisch vergifteter Nahrungsmittel entziehen können. Ein Landwirt, der bisher ausschließlich Milch und Getreide produzierte und an weiterverarbeitende Betriebe lieferte, könnte – bei entsprechender Nachfrage der Kunden und Risikoabsicherung – zu einer Veränderung der Produktionspalette bereit sein und Getreide weiter zu Mehl und Backwaren, Milch weiter zu Butter, Joghurt und Käse verarbeiten. Dafür sind Arrangements in Produzenten-Konsumenten-Kooperativen denkbar und auch schon praktisch erprobt worden. Es wäre unter solchen Vereinbarungen auch denkbar, dass – wichtig etwa im Fall von Arbeitslosen – Nahrungsmittel in gewissem Umfang als Entlohnung für Mitarbeit „gezahlt“ werden (in den USA ist das Modell bekannt als Community Supported Agriculture mit etwa 1.000 landwirtschaftlichen Betrieben).

Seit den frühen siebziger Jahren haben sich auch „*alternative Betriebe*“ zunehmend etabliert. Standen zunächst dafür Motive im Vordergrund wie die Unterstützung politischer Gruppen und das Angebot an bezahlbaren Dienstleistungen „für die Szene“, so haben sie sich mit veränderten Ansprüchen an die Erwerbsarbeit, der Ökologie- und Frauenbewegung, der Arbeitslosigkeit deutlich verändert. Die Entwicklung selbst verwalteter, autonomer Betriebe wird als der Versuch verstanden, „den Wunsch nach Selbstverwirklichung der einzelnen Mitarbeiter möglichst weitgehend zur Richtlinie der betrieblichen Entwicklung zu erheben und dennoch (...) der Effizienz herkömmlicher Betriebe in nichts nachstehen zu müssen“²⁹. Als Prinzipien der Selbstverwaltung im Betrieb gelten: die Abkopplung der Entscheidungsbefugnisse vom Eigentum an Kapital; die Problematisierung, Vermeidung und der Abbau hierarchischer Strukturen; das Prinzip des dezentralen Betriebsaufbaus unter weitgehender Wahrung der Autonomie einzelner Bereiche innerhalb des Betriebes; die Prinzipien der Selbstverantwortlichkeit, des gleichen Lohns für alle und der Neutralisation des Kapitals³⁰. Diese Grundsätze unterliegen natürlich fortdauernder Diskussion und Überprüfung.

Alternativbetriebe sind in der Mehrzahl Kleinstbetriebe und stehen somit zunächst im unmittelbaren Konkurrenzkampf mit traditionellen Kleinbetrieben, wobei ihnen die typischen Kennzeichen kleiner Betriebe anhaften: Krisenanfälligkeit, Kapitalmangel, Qualifikationsmangel, Ineffizienz, Gruppendynamische Probleme, administrative Hemmnisse, Ausschluss von üblichen Fördermaßnahmen, Probleme bei der Kapitalbeschaffung. Neben diesen organisatorischen und strukturellen Schwächen lassen sich jedoch auch gewisse Vorteile der Selbstorganisation von Betrieben ausmachen: So wird durch Selbstorganisation der Gebrauchswert von Waren wieder ins Zentrum der Produktion gerückt, d. h. die Qualität der Waren wird an der Art der Bedürfnisse gemessen, zu deren Befriedigung sie dienen sollen. Weiter sind sie in der Lage, Entfremdung (Pro-

29 – Bergmann/Schröter; zit. nach: Köhler, 1986, 96

30 – Köhler, 1986, 96 f.; vgl. z.B. auch die Literatur in <http://www.thur.de/philo/alternativen2.htm>

duzent zu Produzent; Produzent zu Produkt; Produzent zu Konsument; Konsument zu Produkt) zu verringern. Demokratie am Arbeitsplatz gehört zu den Produktionsbedingungen, was einen „wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Kultur, durch die allein das formale Demokratiepostulat moderner Gesellschaften mit Inhalt aufgefüllt werden kann“³¹, bedeutet. Es gibt einen Bundesverband und eine „Monatszeitung für Selbstverwaltung“ („Contraste“). Kooperationen und Vernetzungen dienen der „Bündelung und Verstärkung von Aktivitäten einzelner Betriebe, um wirtschaftliche Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung von Ressourcen, um Erfahrungsaustausch, gemeinsame Betriebsberatung und Weiterbildung, Lobbyarbeit für Betriebe und auch um die Erschließung von Geldquellen“³². Ein Beispiel dafür ist der Arbeitskreis „Ökologie und Handwerk“ mit Mitgliedsbetrieben im Raum Mannheim-Heidelberg-Neustadt/Weinstraße. Eine Tendenz hin zu Komplettangeboten wird erkennbar, die über einen Handwerksbetrieb als Generalunternehmer koordiniert werden.

Der Permakulturansatz wurde in den siebziger Jahren von den Australiern Bill Mollison und David Holmgreen entwickelt³³. Der Begriff setzt sich aus den beiden Wörtern *Permanent Agriculture* zusammen, entstammt also der „Agrar-/Naturwissenschaft“. Der Ansatz bezieht sich jedoch bewusst auf die gesamte Lebensweise der Menschen. Die Permakultur ist ein strukturell-ökologischer Ansatz, in der die Menschen Verantwortung für das eigene Leben und den dadurch entstehenden ökologischen Schäden übernehmen. Es geht darum, auf lokaler Ebene Wohlstand entstehen zu lassen, ohne dabei der Umwelt zu schaden (Bell 1994, 14). Die ganzheitliche Harmonie mit der Natur steht im Vordergrund der Modelle. „Der Mensch ist nicht mehr „Schöpfer“, sondern selbst ein Teil des Systems“³⁴. In Deutschland gibt es zahlreiche Projekte in Form von Permakultur-Zentren, so beispielsweise in Mark Brandenburg (Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung in Belzig), in Glonn bei München (Projekt der Familie Birkett und FreundInnen/Hermannsdorfer Landwerkstätten) oder in Prinzhöfte bei Bremen (Zentrum Prinzhöfte, Das Zentrum für ökologische Fragen und ganzheitliches Lernen). Zeitgleich entstand in Nordamerika die *Bioregionalismus-Bewegung*, die als ein Zusammenschluss der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung verstanden werden kann³⁵ und versucht, innerhalb einer Bioregion zu wirtschaften und zu leben. Die Bioregion grenzt sich meist entlang von Wasserscheiden ab³⁶. Derzeit gibt es ungefähr 250 bioregionalistische Gruppen, verschiedene Zeitschriften und jährliche Treffen.

Schließlich sollten wir unter dem Interesse an Selbstorganisation die große Zahl und Vielfalt der *Selbsthilfegruppen* auf lokaler bzw. kommunaler Ebene nicht vergessen, deren Ziel es ist, Informationen, Erfahrungen und Leistungen auszutauschen. Sie sind Werkstätten der Identitätsfindung, die den Menschen

31 – Köhler, 1986, 147

32 – Schröder/Streiff, 1995, 41

33 – Mollison/Holmgreen, 1978; Mollison, 1989; 1994

34 – Permakultur Institut e.V., o.J., 5

35 – Sale 1991; einen Überblick geben Hamm, Rasche 2001

36 – Gugenberger, 1995, 68

dabei helfen, tragfähige Kontakte zu anderen bzw. ein stärkeres Selbstvertrauen und mehr Selbstverantwortung aufzubauen, wodurch sie zu einer wesentlichen Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Netzwerke und für Bürgerbeteiligung werden³⁷. Dabei lassen sich die Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen zunehmend als Brücken zwischen den etablierten und professionellen Versorgungsunternehmen und den sozialen Netzwerken charakterisieren. Notrufe, Frauenberatungsstellen, autonome Frauenhäuser und andere autonome Frauenprojekte entstehen in den achtziger Jahren als Teil der Frauenbewegung. Alf Trojan und seine Arbeitsgruppe³⁸ haben im Raum Hamburg 120 Selbsthilfegruppen untersucht, die sich zur gemeinsamen Bearbeitung krankheits- und lebensproblembedingter Schwierigkeiten (ältestes Beispiel: Anonyme Alkoholiker) gebildet hatten. Es handelt sich nahezu durchgehend um Gruppen von „Betroffenen“, die weitgehend auf die Unterstützung und Mitwirkung von professionellen Experten verzichten. Gerade im Gesundheitsbereich gibt es eine Vielzahl und Vielfalt von Selbsthilfeinitiativen, über die auch besonders ausgiebig unterrichtet worden ist³⁹. Ebenso bestehen freilich Selbsthilfegruppen von Drogenabhängigen und Gruppen von Eltern drogenabhängiger Kinder; von Sozialhilfeempfängern, von Verbrauchern und Arbeitslosen. Einige geben sich eine formale Satzung und Struktur, z.B. um steuerabzugsfähige Spenden einzuwerben und damit ein Frauenhaus, ein Friedenszentrum oder ein multikulturelles Zentrum betreiben zu können.

Die Politik wird nicht umhin können, Selbsthilfeinitiativen wenigstens dadurch zu unterstützen, dass sie die politischen, rechtlichen, fiskalischen und administrativen Bedingungen ihres Operierens verbessert. Selbsthilfe wird nötig sein, um einen Großteil jener Leistungen zu erbringen, die für gesellschaftlich nötig erachtet werden, aber aus Steuern, Abgaben oder Beiträgen nicht mehr zu finanzieren sind⁴⁰.

„Der ‚Verein‘ ist die prägende Organisationsform unseres gesellschaftlichen und politischen Systems geworden und war zugleich eine der Ausgangsformen wesentlicher politischer und wirtschaftlicher Organisationen“⁴¹. So hat sich der moderne *Verein* zu einem wesentlichen Träger öffentlicher Interessen⁴² gestaltet. Es spricht viel für die Vermutung, dass im traditionellen Vereinswesen – den Sport-, Naturschutz-, Kultur-, Traditions-, Wohltätigkeits- und Freizeitvereinen – sich andere Menschen organisieren als in Bürgerinitiativen. Auf jeden Fall aber haben Bürgerinitiativen in der stadt- und siedlungssoziologischen Literatur weit mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen als Vereine, was vermutlich mehr Reflex der Affinitäten der schreibenden Soziologen als der Wirklichkeit ist. Für die Bundesrepublik gilt als Faustregel, dass etwa ein Drittel der Erwachsenen in lokalen Vereinen organisiert seien⁴³. Männer waren häufiger Mitglied als Frauen,

37 – <http://www.selbsthilfe-forum.de/>

38 – Trojan, 1986

39 – u.a. Angermeyer, Klusmann, 1989; Badura, Ferber, 1981; Bubert, 1987; Enkerts, Schweigert, 1988

40 – Thiel, 1993, 289

41 – Hüskens, 1990, 1

42 – <http://www.vereine.de/>

43 – Bühler et al., 1978, 85

Angestellte häufiger als Arbeiter, und es zeigt sich eine negative Korrelation der Vereinsmitgliedschaft mit der Ortsgröße. Zweifellos haben viele Vereine, vorab die Sportvereine, einen erheblichen Einfluss auf die Kommunalpolitik – auf alle Fälle als Zuschussempfänger, aber auch als Stimmenreservoir und im Bereich informeller Beziehungen, sind doch viele Lokalpolitiker Mitglieder in kommunalen Vereinen. Vereine weisen einen hohen Grad lokaler Identifikation auf, die Mitgliedschaft wird daher oft als ein Indikator für soziale Integration interpretiert. Es dürfte richtig sein, in ihnen mögliche Verbündete für Strategien der Regionalisierung zu sehen.

Die Kommune als Wohnkollektiv entstand Mitte der 1960er Jahre. „In der Faszination der Kommune vereinigten sich die existentielle Verweigerung gegenüber frustrierten Studien- und Berufsbedingungen mit dem Ekel an der kapitalistischen Konsumwelt, das Gefühl unsäglicher Isolierung, vor dem die bürgerliche Familie keinen Schutz mehr bot, mit der Hoffnung auf psychische Befreiung, die Erkenntnis von der Brutalität des imperialistischen Systems, das zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über die Völker der Dritten Welt den technisierten Massenmord verfügte, mit der Notwendigkeit einer Kampf-Organisation“⁴⁴. Die Kommune-Idee wurde in den frühen achtziger Jahren von der Umwelt- und Friedensbewegung neu aufgegriffen. Man will auf allen Ebenen der Politik, der Ökonomie und der Freizeit bzw. des Privatlebens konkrete und erlebbare Umsetzungen einer libertären Gesellschaft erreichen. So entstanden in den letzten zehn Jahren vielfältige, zum Teil auch anarchistische Wohnprojekte. Heute schätzt man 150 alternative Gemeinschaften mit insgesamt 3.200 Mitgliedern⁴⁵.

11.4 Zusammenfassung

Im diesem Kapitel haben wir Elemente eines alternativen Entwurfs genannt, der sich durch die Begriffe Selbstorganisation, Abkoppeln und Ressourcen schonen charakterisieren lässt. Die zahlreichen Modelle zeigen die Lebendigkeit und Vielfältigkeit einer neuen sozialen Bewegung, die sich unabhängig von staatlicher Politik und oft auch der formellen Ökonomie seit den siebziger Jahren entwickelt. Ob lokale Ökonomien, Modelle einer eigenständigen Regionalentwicklung, libertären Wohn- und Lebensmodelle oder der Einführung von lokalen Tausch- und Zeitwährungssystemen: Fast immer steht die Idee, eigenverantwortlich und eigenständig ökologische und soziale Themen in das eigene Leben zu integrieren.

Immer sind es kleine, d.h. geographisch begrenzte und an der Zahl der beteiligten Personen nicht zu große Netze der Zusammenarbeit, die hier erfolgreich sind, und sehr oft scheinen Frauen eine wichtige Rolle darin zu spielen. Die Krise von Staat und Wirtschaft schafft nicht nur zunehmend Räume für Selbstorganisation, sie zwingt geradezu dazu, vorab staatliche Aufgaben in

44 – Kommune II, 1971, 13

45 – http://www.usf.uni-kassel.de/glwv/texte/ergebnisse/5perspektiven1_gemeinschaften.pdf

eigene Hände zu nehmen und sich gleichzeitig damit von Bevormundung, Gängelung und Kontrolle zu befreien. So wenig freilich Bürgerbeteiligung an sich schon zu „guten“ Entscheidungen führt, so wenig ist Selbstorganisation an sich schon gefeit gegen Missbrauch durch Einzelne. Es wird also wichtig sein, darüber nachzudenken, welche Bedingungen solchen Missbrauch weniger wahrscheinlich machen. Selbstorganisation richtet sich immer gegen Fremdbestimmung, gegen äußere Macht, aber sie ist nicht sicher gegen die Ausbildung innerer Ungleichheit.

Anstatt derartige Modelle zu blockieren oder sogar unter Strafe zu stellen, sollte eine staatliche Politik auf allen Ebenen die Rahmenbedingungen schaffen, die selbst organisierte und eigenständige Projekte fördern. In einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit zur Regel wird, muss die Subsistenzfähigkeit der Menschen unterstützt werden.